Leipziger Tageblatt
und
Handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unseren Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 7mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: Im den Zelten 17, Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 447.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. ✦ Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

108. Jahrgang

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M., Kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf. b. Wiederhol. Rab., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 40 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagen: Gesamtauflage 3 M. das Tausend ausschl. Postgebühr. Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Flegel, Berlin W. 10, Margarethenstraße 6. Fernsprech-Anschluß: Lützow 9971.

Nr. 101. Mittwoch, den 25. Februar. 1914.

Das Wichtigste.

* Die Zweite Kammer erledigte am Dienstag die allgemeine Vorberatung des Nachtragsetats auf 1912/13 und einige Eisenbahnpetitionen. (S. Ber.)

* Die hinterlassenen Papiere des verstorbenen Kardinals Rampolla wurden in Rom auf Veranlassung der Erben vernichtet. (S. Ausland.)

* Die neun deportierten Arbeiterführer sind am Dienstag nachmittag an Land gebracht worden. (S. Letzte Dep.)

* Die Ausführung des Luther-Denkmals für die Feste Koburg ist dem Berliner Bildhauer Eberhard Encke übertragen worden. (S. Thür. u. Prov. Sachsen.)

* Den Dynamitattentätern von Debreczin ist man auf der Spur. (S. Nachr. vom Tage.)

* Nicht der Hamburger Dampfer „Wildenfels", sondern ein dänischer Dampfer ist im Golf von Biskaya gesunken. (S. Nachr. vom Tage.)

Die deutsche Kriegsmarine und der Reichstag.

Vom Konteradmiral a. D. **Kalau vom Hofe.**

Die diesjährigen Verhandlungen über den Marineetat in der Budgetkommission sowohl als auch im Plenum des Reichstages zeichneten sich aus durch eine erfreuliche Höhe der politischen Einsicht aller Parteien in der Beurteilung der Bedeutung unserer Kriegsflotte, dieses wichtigsten politischen Machtfaktors für unsere Beziehungen zu England und für die Erhaltung des Friedens überhaupt. Klarer und bestimmter als je zuvor sprachen sich die Redner aller bürgerlichen Parteien (die Sozialdemokraten hätten es wohl auch gern getan — durften aber nicht) darüber aus, daß das Flottengesetz nur dem deutschen Bedürfnisse entspräche und wie bisher weiter konsequent durchgeführt werden müsse; daß von einer Minderung oder Verlangsamung unseres Kriegsschiffbaues nicht die Rede sein könnte, bevor von der stärksten Seemacht ein praktisch durchführbarer Vorschlag gemacht und anerkannt worden sei, der sich nicht nur auf das Verhältnis England-Deutschland, sondern auf alle Seemächte zu beziehen haben würde. Die phantastischen Ausführungen englischer Minister gelegentlich von Wahl- oder Bankettreden über eine beiderseitig zu beachtende Norm der Flottenstärken im Verhältnis von 16:10 oder ein Werftfeierjahr für Kriegsschiffbau können natürlich nicht als ernst gemeint angesehen werden; sollte die englische Regierung in der üblichen Form der deutschen Regierung mit einem derartigen Vorschlag kommen, was bisher nicht geschehen, so würde er, obwohl aus allgemeinen Gründen er wenig aussichtsreich erscheinen müsse, nicht abzulehnen, sondern einer ernsten Prüfung zu unterziehen sein. Ganz vergeblich sind die englischen Bemühungen, für die in wenigen Jahren so gewaltig gestiegenen Ausgaben des Unterhalts der englischen Flotte das deutsche Flottengesetz verantwortlich machen zu wollen. Darin stand und steht nichts von Dreadnoughts zu lesen; es hat lediglich die Verteidigung unserer Seeinteressen im Auge, allerdings gegen jedermann.

Der Stein, an dem sich die englischen Politiker noch immer überflüssigerweise stoßen, ist die neue Flotte in Deutschland. Wir können ihnen dies nicht übelnehmen, vielleicht bedauern, aber auch nicht verhindern. Es ist nun einmal unser fester Wille und gutes Recht, uns gegen Angriffe zu Wasser und zu Lande zu schützen; wir wollen den Frieden mit Ehren, im Kriege uns aber tüchtig wehren können. Daß sehr bald unsere im Entstehen begriffene Flotte den Engländern so gewaltigen Respekt abnötigen würde, daß sie aus eingebildeter Invasionsgefahr oder zum politischen Druck auf unsere Regierung ihre ganze Flotte in der Nordsee zu konzentrieren für die höchste Weisheit hielten, öffnete erst den Deutschen die Augen und gewann der deutschen Flottenpolitik an der ganzen Nation den Rückhalt, der es ermöglichte, die Flotte zu ihrer jetzigen Größe, Schlagfertigkeit und politischen Bedeutung zu entwickeln.

Mit vollem Recht und in voller Einmütigkeit ist von den Parteien des Reichstags dem Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral von Tirpitz, hohe Anerkennung für seine langjährige und trotz aller störenden Einflüsse so erfolgreiche Verwaltung der Marine gezollt worden — ein gewiß seltenes Vorkommnis in seiner Art bei einem Staatssekretär, der in einem Dezennium sein Budget — das von kurzsichtigen Leuten unter die unproduktiven gerechnet wird, weil es direkt nichts produziert, was verkauft werden kann — um 400 Prozent gesteigert hat. Diese nicht mißzuverstehende Kundgebung des Reichstags wird auf alle ernsten Politiker des In- und Auslandes mehr Eindruck machen, als alle Reden von Vertretern der Reichsregierung über die zunehmende Entspannung und beinahe freundlichen Beziehungen zu England, wird besser zur Erhaltung des Friedens wirken, als alle Verbeugungen und Freundschaftsversicherungen unserer Diplomatie.

In seiner großzügigen Stimmung hielt sich der Reichstag bei den einzelnen Etatspositionen nicht allzu lange auf und konnte dies auch mit gutem Gewissen tun, da der vorliegende Marineetat Ueberraschungen nicht bringt und sich auf Grund des Flottengesetzes automatisch entwickelt hat. Dafür, daß der Automat sparsam arbeitet, sorgt, wie der Reichstag seit langen Jahren weiß, in Pflichttreue der bewährte Staatssekretär, der für die ihm anvertrauten Gelder gute Ware haben will, der keine Techtelmechtel mit Rüstungsinteressenten unterhält, selbst wenn diese durch ehemalige Marineoffiziere sich vertreten lassen. Natürlich beklagt der Staatssekretär das Anwachsen der Indiensthaltungskosten unserer Flotte, das auf dem vermehrten Kohlenverbrauch und der allgemeinen Erhöhung aller Löhne und Gehälter im wesentlichen beruht, desgleichen die traurigen Verluste an Menschenleben, welche bei den militärischen Uebungen auf, unter und über dem Wasser zuweilen leider unvermeidlich sind; er tut dies um so mehr, als er sich außerstande weiß, hier gänzliche Abhilfe versprechen zu können. Die militärischen Uebungen der Flotte bezwecken die Vorbereitung für den Ernstfall; um nützlich zu sein, müssen sie unter Umständen, die denen des Ernstfalles möglichst angenähert sind, vorgenommen werden. Verlust von Material und Menschenleben soll dabei ausgeschlossen sein; in dieser Absicht werden die Dispositionen für die Uebungen getroffen. Ist menschliche Voraussicht und guter Wille aber allmächtig? Durch viele den Anforderungen entsprechend gesteigerte Uebungen wird angestrebt, das Ziel zu erreichen. Die den Kern unserer Flotte bildenden Linienschiffe sind erheblich größer geworden, aber auch alle anderen Schiffsklassen haben einen Größenzuwachs erfahren. Für ihre Fortbewegung und den Betrieb ihrer zahlreichen Hilfsmaschinen für alle Arten Flottenübungen ist Kohle unbedingtes Erfordernis, und zwar um so mehr, je größer und zahlreicher sie geworden sind. Ohne die Güte der Ausbildung unserer Schiffsbesatzungen herabzusetzen, ist eine Verminderung des Kohlenverbrauchs nicht möglich. Wir dürfen noch weniger als andere daran denken, weil wir nicht nach der Zahl, sondern nach der Schlagfertigkeit bewertet werden.

Sehr erfreulich war es schließlich, daß bei dem Titel Marine-Attachés für Buenos-Aires die ungenügende Besetzung unserer Auslandsstationen mit Kreuzern, mit zeitgemäßen Repräsentanten unserer Schiffbaukunst zur Sprache kam und daß, nachdem der Staatssekretär die Gründe dieses bedauerlichen Zustandes auseinandergesetzt hatte, aus der Mitte des Reichstages die Forderung der Beschleunigung des Ausbaus unserer Auslandsflotte angeregt wurde, soweit dies im Rahmen des bestehenden Flottengesetzes angängig wäre. Es ist ja auch geradezu beschämend, daß wir angesichts der unruhigen Lage in Mexiko den Schutz unserer zahlreichen Landsleute allein einem kleinen Kreuzer „Bremen" und der Hapag anvertrauen mußten.

Der Ruin der Leipziger Wälder.

Seit Wochen erschallen in den südwestlichen Wäldern Leipzigs, namentlich in der „Nonne" und den angrenzenden Teilen der „Linie", die Axtschläge der Holzhauer, knirschen und kreischen die Baumsägen, krachen und stürzen die alten Eichen und die jungen Eichen, Rüstern usw. zu Hunderten. An mehreren Stellen sind größere Flächen, wo vorher schönster Hochwald stand, völlig kahl geschlagen, und noch tragen viele Bäume das in die Rinde geschnittene verhängnisvolle Zeichen, daß auch sie dem baldigen Untergang geweiht sind.

Gegenwärtig ist eine Pause in dieser Waldverwüstung eingetreten, um die geschlagenen Bäume abzufahren und die zerschnittenen Stämme zu verauktionieren. Die letzte Auktion hat der städtischen Forstverwaltung manchen Tausendmarkschein allein für die Eichenstämme eingebracht. Bald aber geht das Abhauen wieder los.

Wir — ich spreche für eine große Gemeinde aufrichtiger Naturfreunde — die wir fast jeden Tag nach der Arbeit unseres Berufes einen Erholungsspaziergang durch das Scheidenholz in die Nonne oder Linie zu machen pflegen, um Leib und Seele frisch zu erhalten und zu neuer Arbeit zu kräftigen, sahen mit täglich wachsendem Staunen und Grauen, welche unheilbaren Wunden da unserem schönen lieben Wald geschlagen wurden. Und jeder stand und fragte: „Was ist denn hier los? Wird ein neuer Flutgraben oder eine Straße durch den Wald gelegt?"

Nichts von alledem, lautete die Antwort, die ich mir an autoritativer Ratsstelle holte, sondern der Wald wird nur „ausgeforstet", weil in den letzten Jahren sehr viele Bäume infolge des allgemeinen Sinkens des Wasserspiegels einzugehen beginnen. Namentlich die alten Eichen sind von diesem Austrocknungsprozeß betroffen, wie man schon an den zahllosen dürr gewordenen Wipfeln sehen kann. Um von diesem wertvollen Nutzholz noch so viel wie möglich für den Stadtsäckel zu retten, müssen die Bäume schleunigst abgehauen werden. Die entstehenden Lücken wird man durch Anforstung junger Bestände von Baumarten, die weniger Feuchtigkeit brauchen, auszufüllen suchen.

So lautete die mir erteilte Auskunft, und eine inhaltlich gleichlautende Antwort erhielten auch die 16 Interpellanten, die in der vorigen Woche im Stadtverordnetenkollegium eine Einschränkung dieser Abholzungen beantragten. Ich weiß nicht, wer diese 16, unter Dr. Juncks Führung interpellierenden Herren waren, aber ich kann ihnen die Versicherung geben, daß sie sich für ihr warmherziges Eintreten den aufrichtigen Dank von Tausenden ihrer Mitbürger erworben haben, die, erfüllt von Liebe zur großen Natur und stolz auf die jahrhundertelang erhaltene Schönheit unserer Leipziger Wälder, die idealen Werte im Dasein einer Großstadt nicht von den materiellen Interessen des Fiskus so gewaltsam beiseite geschoben sehen wollen, wie es in diesem Falle geschieht.

Leider ist aber der Antrag dieser 16 Herren im Stadtverordnetenkollegium unter den Tisch gefallen. Von der beantragten Abstimmung wurde „Abstand genommen", nachdem vom Ratstisch die Erklärung gegeben worden war, daß nur solche Bäume abgehauen würden, die „überständig" wären oder „keine Triebkraft" hätten. Ich bedauere sehr, daß sich die Interpellanten mit dieser Erklärung zufrieden gegeben haben, denn wer sich die Holzschläge genauer betrachtet, der sieht, daß auch zahllose junge, nur schenkeldicke Bäume abgehauen sind, bei denen von „Ueberständigkeit" und „mangelnder Triebkraft" keine Rede sein kann. Und konnte man der Naturliebe und Naturfreude Tausender von erholungsbedürftigen Spaziergängern nicht wenigstens das geringe Zugeständnis machen, daß man das Freischlagen ganzer Waldblößen nicht gerade dicht bei den Spazierwegen vornimmt, wo jeden Vorübergehenden der traurige Anblick schmerzlich bewegen muß, oder daß man einzelne alte Eichen trotz der Gefahr ihres Absterbens stehen läßt, wenn sie an einer hübschen, den Spaziergängern in langen Jahren lieb gewordenen Stelle stehen? Warum mußte z. B. der schöne alte Baum vor dem Bahnübergang am Fischerwehr abgehauen werden, der mit Bänken umgeben war und einen so erfrischenden Ausblick auf die rauschenden Wasser des Wehres bot? Jetzt liegt der Riese tot am Boden, und die Bänke stehen leer.

Nein, der Grund des Uebels liegt nicht nur in der „Ueberständigkeit" der Bäume, sondern darin, daß die fiskalische Forstverwaltung, die selbstverständlich vor allem rechnen und haushalten muß, keinen Sinn für die ästhetischen und ethischen Bedürfnisse der Waldfreunde haben kann und haben darf. Ist aber dieser rein forstökonomische Standpunkt richtig für die Behandlung und Pflege der Wälder in nächster Umgebung einer Großstadt? Diese Frage stellen, heißt sie zugleich verneinen. Die Wälder in nächster Stadtnähe, wo zahlreiche Bürger täglich ihre so nötige Erholung von schwerer Berufsarbeit suchen, dürfen nicht in erster Linie vom Standpunkt der ökonomischen Wald- und Holznutzung behandelt werden, sondern vom Standpunkt der Volkshygiene als Gesundheitsstätten, und von dem der psychisch erhebenden Naturfreude als Reservatrechte für die edlen Naturdenkmäler, die sonst vom Verkehrsmoloch der Großstädte hier wie anderwärts unbarmherzig vernichtet werden. Eine solche Auffassung und eine dementsprechende totale Aenderung der Waldpflege kann aber nicht von der Forstverwaltung erwartet werden, deren Aufgaben lediglich wirtschaftliche sind; und deshalb tate man am besten, die nächste Waldumgebung der Stadt ganz von der Forstverwaltung loszulösen und sie der städtischen Gartenverwaltung zu unterstellen, die genugsam bewiesen hat, daß sie für jene idealen Bedürfnisse einer großen Stadtbevölkerung feines Verständnis hat und sie mit künstlerischem Können zu befriedigen weiß.

Ja, wird man mir einwenden, das ist alles ganz gut und schön; aber das würde doch das Absterben der Bäume infolge des Sinkens des Grundwasserspiegels nicht aufhalten. Den Einwand kann ich nur teilweise gelten lassen. Die Sache liegt vielmehr meines Erachtens folgendermaßen. In ganz Mitteleuropa und darüber hinaus nehmen seit Jahren die Gesamtmengen der Niederschläge ab, obgleich es oft im Sommer wochenlang regnet. Namentlich die Winter sind viel trockener, schneeärmer als früher. Infolgedessen schwinden die Seen, weichen die Gletscher zurück, sinken die Grundwasserspiegel und gehen zahlreiche Bäume aus Mangel an Feuchtigkeit ein. Allgemein gilt als Regel, daß über dem Grundwasserniveau eine 1—1½ Meter dicke Bodenschicht noch feucht ist, weil sie kapillarisch von unten her durch das Grundwasser wie ein Schwamm durchtränkt und von oben her durch die gelegentlichen Niederschläge durchfeuchtet wird. In dieser Bodenschicht wurzeln die meisten Bäume und Sträucher unserer Wälder. Wenn nun der Grundwasserspiegel sinkt, so dringt zwar die Feuchtigkeit von unten her nicht mehr so hoch hinauf in die den Waldwuchs tragende und ernährende Bodenschicht, aber die Existenz der Bäume ist doch noch nicht gefährdet, solange die Bäume dicht stehen und dichtes Unterholz und Laubstreu den Boden decken; denn so lange können Sonne und Wind den Boden nicht von oben her austrocknen. Wenn aber zugleich mit dem Sinken des Grundwassers der Boden seines die Verdunstung vermindernden Schutzpolsters von Laubstreu und Unterholz beraubt wird, trocknet er tief hinab aus, und die Bäume gehen ein. Das eben ist in den Leipziger Wäldern der Fall. Gerade weil jetzt der Grundwasserspiegel sinkt, müßte der Wald dicht und schattig bleiben, anstatt weit ausgelichtet zu werden, und müßte der Unterwuchs stehen, das gefallene Laub liegen bleiben, anstatt durch ihre Wegnahme den Boden der Austrocknung preiszugeben. Sonst ist der Ruin des Waldes unaufhaltsam. Wenn von den bereits eingehenden Exemplaren der alten Eichen bald hier eine, bald dort eine gefällt wird, ohne daß das Waldbild stark verändert wird, wenn man eine solche Auslese der Minderwertigen auf größere Waldflächen und auf mehrere Jahre verteilt, wird der Naturfreund den Sturz der alten Recken zwar bedauern, aber begreiflich finden, da das Abschlagen der einzelnen die Existenz des Waldes selbst nicht bedroht. Wenn aber so summarisch abgeholzt wird wie jetzt, dann haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, dagegen öffentlich Einspruch zu erheben, ehe Leipzigs schönster Naturschmuck, seine physisch und psychisch Segen spendenden Wälder, ruiniert werden. Ein Appell an unser hochverehrtes Stadtoberhaupt wird sicherlich nicht ungehört verhallen.

Prof. Hans Meyer.

Politische Uebersicht

Kein Überschußjahr in der Reichsfinanzverwaltung.

Nachdem nunmehr das Ergebnis der Reichseinnahmen für 10 Monate vorliegt, darf man als sicher annehmen, daß das Etatsjahr 1913 keinen Ueberschuß über den Voranschlag des Reichshaushaltsetats hinaus bringen wird. Durch den Nachtragsetat, der durch die Wehrvorlage des letzten Sommers bedingt war, wurden die Etatsansätze bei den Zöllen um 18 Millionen Mark und bei dem Stempel für Wertpapiere um 4 Millionen Mark heraufgesetzt. Tatsächlich werden aber die Getreidezölle eine Mindereinnahme von mindestens 40 Millionen Mark bringen als Folge der aufeinander folgenden günstigen Ernten der beiden letzten Jahre, die naturgemäß einen Rückgang der Einfuhr an Getreide nach Abzug der Ausfuhr verursacht haben. Auch die rückläufige Konjunktur macht sich im Laufe des Jahres in verschiedenen Einnahmeposten bemerkbar, so vor allem bei dem Stempel auf Wertpapiere. Dieser war, wie oben angegeben, nachträglich um 4 Millionen Mark erhöht und aus den Gesellschaftsverträgen nach dem neuen Stempelsteuergesetz waren Einnahmen in Höhe von 7 Millionen Mark veranschlagt. Statt dieser 11 Millionen Mark dürften aber nur 5 Millionen Mark zur Einnahme gelangen. Auch der Anschaffungsstempel wird voraussichtlich 3 Millionen Mark und der Stempel für Grundstücksübertragungen etwa 4—5 Millionen Mark weniger betragen. Und wenn die Schaumweinsteuer hinter dem Anschlag um 1 Million Mark zurückbleibt, so darf man darin auch eine Einwirkung der Konjunktur erblicken. Ein Teil dieser Ausfälle wird allerdings durch Mehreinnahmen aus anderen Steuerquellen gedeckt. So werden die Zuckersteuer ein Mehr von etwa 16 Millionen Mark, die Zigarettensteuer 5 Millionen Mark, die Brausteuer und Ausgleichungsbeträge dafür etwa sechs Millionen Mark, die Salzsteuer 2—3 Millionen Mark und sonstige Stempeleinnahmen auch einige Millionen Mark mehr liefern. Bringt man diese Mehreinnahmen von der Summe der zu erwartenden Mehrerträge in Abzug, so ergibt sich immer noch eine Mindereinnahme von 15—20 Millionen Mark gegen den Voranschlag. Falls sich also in den letzten beiden Monaten, was kaum anzunehmen ist, eine Einnahmesteigerung ergeben sollte, ist mit einer Mindereinnahme von etwa 15—20 Millionen Mark gegen den Etatsvoranschlag zu rechnen.

Der Deutsche Handelstag zur Interessenvertretung des Deutschen Handels im Ausland.

Der Ausschuß des Deutschen Handelstages beschäftigte sich kürzlich mit der Frage der Errichtung deutscher Handelskammern im Ausland, Schaffung von Handelsbeiräten bei deutschen Konsulaten, Ausbau der Einrichtung der Handelssachverständigen und gab hierzu folgende Erklärung ab:

„Die Vollversammlung des Deutschen Handelstages hat am 7. April 1900 erklärt, daß sie die Errichtung von Handelskammern durch deutsche Kaufleute im Ausland als ein wertvolles Mittel zur Förderung des auswärtigen Handels betrachte und eine wohlwollende Unterstützung derartiger Organe durch die verbündeten Regierungen mit Freuden begrüßen würde. An dieser Stellungnahme hält der Ausschuß des Deutschen Handelstages fest, wenn er auch nicht die Schwierigkeiten verkennt, die für die Handelskammern im Ausland hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und Leitung und hinsichtlich der Aufbringung der erforderlichen Mittel bestehen. Nur wo die deutschen Kaufleute im Auslande bereit sind, für die Tätigkeit einer Handelskammer Arbeit und Geld zur Verfügung zu stellen, kann die Errichtung einer solchen in Betracht gezogen werden.

Der Zweck von Handelskammern, die nur durch deutsche Kaufleute im Ausland geschaffen und verwaltet werden, kann auch durch Handelsbeiräte bei deutschen Konsulaten, auf deren Zusammensetzung und Leitung der Konsul einen Einfluß übt, erreicht werden. Dabei wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß das Reich genügende Mittel für die Tätigkeit der Beiräte bewilligt. Zu verlangen ist jedoch, daß auch den deutschen Kaufleuten am Orte eine

SLUB
Wir führen Wissen.